

Sitzungsperiode 2025-2026

Sitzung des Ausschusses IV vom 26. November 2025

INTERPELLATION*

- **Interpellation Nr. 6 von Herrn SIMAR (CSP) an Ministerin KLINKENBERG zur Demenzstrategie für Ostbelgien**

Die immer noch aktuelle Demenzstrategie für Ostbelgien datiert aus dem Jahr 2017.¹

Neben der Auflistung von bestehenden Rahmenbedingungen in den Gemeinden und der Deutschsprachigen Gemeinschaft zeigt die Strategie sechs Handlungsfelder auf, die sich a) auf die Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, b) das Angebot einer rechtzeitigen Diagnose, c) die Unterstützung der pflegenden Angehörigen, d) die Weiterführung von Unterstützungsangeboten für Menschen mit Demenz, e) das Angebot regelmäßiger Weiterbildungen und f) das Angebot eines regelmäßigen, breit angelegten und strukturierten Dialogs für alle Akteure konzentrieren.

Viele Grundlagen dieser Strategie stützen sich auf Aufsätze und Studien aus den Jahren 2009 bis 2016. Ob und wie erfolgreich die Umsetzung dieser Strategieziele aus dem Jahr 2017 gelungen ist, müsste meines Erachtens einer unabhängigen Evaluation unterzogen werden, um festzustellen, welche Kurskorrekturen ggf. durchzuführen, welche Fehler gemacht worden sind und wo die Stärken unseres Systems liegen.

Die „erste Demenzstrategie für Ostbelgien“ soll nach Angaben der letzten DG-Regierung „bis ins Jahr 2025 reichen“, mit gesellschaftlichen Entwicklungen Schritt halten und als lebendiger Prozess zu verstehen sein.²

Unter einer Strategie verstehe ich jedoch einen genauen Plan für ein Vorgehen, der dazu dient, ein – hier politisches resp. gesellschaftliches - Ziel zu erreichen, und in dem man alle Faktoren von vornherein einzukalkulieren versucht.

Die aktuelle Demenzstrategie wird aber ausdrücklich als „ethischer und theoretischer Rahmen“ beschrieben, der von den Akteuren erst mit Leben gefüllt werden soll.

* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Herrn Simar hinterlegten Originalfassung.

¹https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/gesundheit/Erste_Demenzstrategie_fuer_Ostbelgien.pdf.

² Erste Demenzstrategie für Ostbelgien: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (Hrsg.), Eupen, 2017. Die aktuelle DG-Regierung nuanciert allerdings die zeitliche Eingrenzung dieses Strategiepapiers (vgl. dazu Fußnote 5 weiter unten).

Genau hier schwächelt die „*Demenzstrategie für Ostbelgien*“ – und das nicht nur aus heutiger Sicht:

Ob die vermutlich deutlich steigende Zahl von Demenzzfällen, die nicht zu Hause betreut werden kann, angesichts begrenzter Kapazitäten in unseren Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) in zehn Jahren gepflegt und versorgt werden kann, ist unklar.

In der „*Demenzstrategie*“ für Ostbelgien wird deutlich, dass es sich weniger um eine klassische Strategie im engeren Sinn handelt, sondern vielmehr um einen Rahmen mit Leitideen. Zwar werden sechs Handlungsfelder benannt, doch wird ausdrücklich betont, dass diese „nicht die praktische Umsetzung definieren“, sondern lediglich eine Richtung vorgeben. Die Verantwortung für konkrete Maßnahmen und deren Umsetzung wird an Politik, Dienstleister und Bürger delegiert, die nach Veröffentlichung der Strategie das eigentliche Handeln übernehmen sollen. Damit bleibt das Dokument vor allem ein Orientierungsrahmen und ethischer Kompass, aber keine verbindliche Strategie mit klaren Zielen, Ressourcen und Zeitplänen.³

Bereits 2017 herrschte akuter Pflegekräftemangel: Ob also die Zahl der Pflegekräfte – gleichgültig ob in Krankenhäusern, WPZS oder in mobilen Einheiten – etwa im Jahre 2035 noch annähernd Versorgung anbieten kann, hätte die „*Strategie*“ erfassen und behandeln müssen.⁴

Zur Strategie hätte auch gehört, die Situation der Pflegekräfte allgemein zu beleuchten. Einer neuesten Studie aus Belgien zufolge sind 12,5% der 35.000 befragten Pflegerinnen und Pfleger einem sehr hohen Burn-Out-Risiko ausgesetzt. Am stärksten betrifft das die Gruppe der 25- bis 44-Jährigen. Besonders gravierend ist, dass lediglich die Hälfte der Befragten glaubt, den Beruf bis zum Rentenalter auszuführen.⁵

Im Rahmen einer mündlichen Frage in unserem Parlament zur Umsetzung des nationalen Alzheimer-Plans⁶, der darauf abzielt, durch mehr Koordination, Forschung, Prävention, technologische Unterstützung und eine bessere Begleitung von Angehörigen die Situation von Betroffenen nachhaltig zu verbessern, wurde auch die erste Demenzstrategie für Ostbelgien erwähnt. Dabei erklärte die Regierung, dass sich unsere bestehende Strategie, die nach wie vor aktuell ist, der sich wandelnden Demographie und dem Fachkräftemangel – anpassen müsse. Genauer konnte im Rahmen dieser Frager nicht darauf eingegangen werden.

Dazu meine Fragen:

1. Welche konkreten Anpassungen innerhalb des bestehenden ethischen Rahmens der Demenzstrategie werden bis 2026 umgesetzt (Meilensteine, Zuständigkeiten), ohne den Rahmen neu zu schreiben?
2. Was plant die Regierung, um der wachsenden Zahl von Menschen mit Demenz in den WPZS zu begegnen (Kapazitäten, spezialisierte Plätze, Betreuungsschlüssel)?
3. Wurden in den vergangenen acht Jahren belastbare Zahlen zur Zahl der Demenzbetroffenen in der DG erhoben, und wie fließen sie in die Bedarfsplanung ein?
4. Angesichts des gravierenden Fachkräftemangels: Welche konkreten Maßnahmen zur Gewinnung, Qualifizierung (Weiterbildung) und Bindung von Pflegekräften in der Demenzversorgung sind vorgesehen?
5. Da es in der DG keine Pflegeversicherung gibt: Welche zusätzlichen, über das Pflegegeld hinausgehenden Finanzierungsmodelle prüfen Sie zur nachhaltigen

³ An mehreren Stellen wird klargestellt, dass die Strategie eher eine Initialzündung sei, die vorhandene Initiativen bündeln solle. Die „wirkliche Arbeit“ beginne erst nach der Veröffentlichung. Auch im Schlusskapitel heißt es offen, die Strategie sei „ein ethischer Rahmen mit einem theoretischen Anstrich“.

⁴ Vgl. dazu auch:

https://ostbelgienstatistik.be/PortalData/22/Resources/downloads/studien_und_analysen/publikationen/wsr/Pflegestudie_WSR_2001.pdf.

⁵ Vgl. Grenzecho 1.10.2025.

⁶ 25.05.2025 - https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4891/8665_read-74615/8665_page-2/.

Absicherung (z. B. Zweckzuschüsse, regionale Kooperationen mit Wallonie/Flandern/Luxemburg)?

6. Wie haben sich Präventions- und Früherkennungsprogramme in den letzten fünf Jahren bewährt, und welche Weiterentwicklungen sind geplant?
7. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Missbrauch und Gewalt vorzubeugen – sowohl gegenüber Menschen mit Demenz in Einrichtungen oder im häuslichen Umfeld als auch gegenüber Kindern, die durch ihre Eltern, beeinflusst oder manipuliert durch ihr Umfeld, geschädigt werden (z. B. Schutzstandards, Schulungs- und Sensibilisierungsprogramme, Meldesysteme sowie Kontroll- und Überwachungsmechanismen)?
8. Wie viele zusätzliche Pflegekräfte werden nach heutigen Schätzungen bis 2035 für die Demenzversorgung benötigt, und wie sollen diese gewonnen werden (Ausbildung, Anerkennung, Migration, Arbeitsbedingungen)?
9. Wie werden die Gemeinden – insbesondere bei demenzgerechtem Wohnen und Nachbarschaftshilfe – strukturiert eingebunden (Formate, Zuständigkeiten, Zeitplan) innerhalb des bestehenden Rahmens?
10. Wie will die Regierung die Bevölkerung sensibilisieren (Schulprogramme, Informationskampagnen, generationenübergreifende Projekte) und welche Maßnahmen zur Weiterbildung der Akteure sind 2026–2028 konkret geplant?